



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates der Stadt Biberach - öffentlich -

am 11.04.2016

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:05 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele	ab TOP 2
Frau Stadträtin Authaler	
Frau Stadträtin Bopp	
Herr Stadtrat Braig	ab TOP 2
Herr Stadtrat Brenner	ab TOP 2
Herr Stadtrat Deeng	
Frau Stadträtin Etzinger	ab TOP 2
Herr Stadtrat Funk	
Frau Stadträtin Goeth	
Frau Stadträtin Gutermann	bei TOP 5 befangen
Herr Stadtrat Hagel	
Herr Stadtrat Heidenreich	ab TOP 2
Herr Stadtrat Heinkele	bis TOP 3
Frau Stadträtin Holl	ab TOP 2
Frau Stadträtin Hölz	ab TOP 2
Herr Stadtrat Hummler	
Frau Stadträtin Jeggle	ab TOP 4
Herr Stadtrat Keil	
Herr Stadtrat Kolesch	ab TOP 3
Frau Stadträtin Kübler	
Herr Stadtrat Mader	
Herr Stadtrat Dr. Metzger	ab TOP 2
Herr Stadtrat Pfender	ab TOP 2
Herr Stadtrat Dr. Rahm	ab TOP 2
Herr Stadtrat Dr. Schmid	ab TOP 2
Herr Stadtrat Schmogro	
Frau Stadträtin Sonntag	
Herr Stadtrat Walter	ab TOP 2

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Herr Stadtrat Weber	
Herr Stadtrat Dr. Weigele	ab TOP 2
Herr Stadtrat Dr. Wilhelm	ab TOP 2

entschuldigt:

Herr Stadtrat Etzinger

Gäste:

Herr Gurland, Architekten Gurland + Seher	nur TOP 1
Frau Seher, Architekten Gurland + Seher	nur TOP 1
Herr Günther Becker, Polizeirevier Biberach	nur TOP 2

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt	ab TOP 2
Frau Christ, Stadtplanungsamt	TOP 2-8
Herr Ortsvorsteher Imhof, Rißegg	
Herr Jäger, Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft	
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Frau Länge, Ordnungsamt	ab TOP 2
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Simon, Hauptamt	TOP 2-4
Herr Ortsvorsteher Wachter, Mettenberg	
Herr Walz, Gebäudemanagement	TOP 2-8
Frau Werner, Rechnungsprüfungsamt	ab TOP 2
Herr Erster Bürgermeister Wersch	

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Besichtigung Neubau Otto-Schlecht-Straße 2	
2.	Bürgerfragestunde	
3.	Bericht der Polizeidirektion Ulm/Biberach zur aktuellen Kriminalstatistik	
4.	Entwurf zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans 2016 - Einstufung der Ortsumfahrungen B 312 Biberach, Ochsenhausen, Erlengmoos	64/2016
5.	Neugestaltung Schadenhof/Bürgerturmstraße Künftige Verkehrsregelung	34/2016
6.	Kindergarten Rissegg - Finanzierungsvertrag Stadt Biberach / Landkreis Biberach	35/2016
7.	Städtebaulicher Vertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Biomassehof mit Vergärungs- und Kompostierungsanlage" in Rißegg	37/2016
8.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Biomassehof mit Vergärungs- und Kompostierungsanlage"	309/2015
9.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Ortsmitte Ringschnait" a) Abwägung der Bedenken und Anregungen b) Satzungsbeschluss	39/2016
10.1.	Bekanntgabe eines nichtöffentlich gefassten Beschlusses des Gemeinderats vom 25.01.2016	60/2016
11.1.	Verschiedenes - Besichtigung Otto-Schlecht-Straße 2	
11.2.	Verschiedenes - Sitzordnung im Gemeinderat	
11.3.	Verschiedenes - Flyer Bürgerbeteiligung Bebauungsplanverfahren	
11.4.	Verschiedenes - Besichtigungstermine	
11.5.	Verschiedenes - Baustelle Schadenhof	
11.6.	Verschiedenes - Überschrift in BIBERACH KOMMUNAL	

Die Mitglieder wurden am 01.04.2016 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 06.04.2016 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Besichtigung Neubau Otto-Schlecht-Straße 2

Der Gemeinderat trifft sich beim Neubau in der Otto-Schlecht-Straße 2, der weitgehend fertiggestellt ist. Den Teilnehmern werden Unterlagen ausgehändigt, die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügt sind.

BM Kuhlmann verdeutlicht, dass die Kostenfortschreibung vom Herbst 2015 eingehalten werde. Was die Vermietungssituation betreffe, sei die Nachfrage erstaunlich bescheiden. Man habe eine hohe Vormerkliste von über 100 Personen, die mit der Wohnsituation unzufrieden seien, die Wechselbereitschaft sei aber nicht sehr groß. Man habe fünf Wohnungsvormerkungen aufgrund den Kontakten mit Sozialpartnern.

Beim Rundgang durch das Haus erläutern die Architekten Gurland und Seher vom gleichnamigen Architekturbüro die Vorteile der zentralen Erschließung. Mit Zustimmung des Bauverwaltungsamts erschließe man mit dem Treppenhaus statt der von der LBO vorgesehenen 4 sogar 5 Wohnungen. Diese lägen immer auf den Ecken und hätten somit Licht von 2 Himmelsrichtungen. Die kleinste Wohnung habe 43 Quadratmeter und sei auf die Südseite ausgerichtet. Die größte Wohnung habe 75 Quadratmeter. Um günstig bauen zu können, habe man die Wohn- und Verkehrsflächen sehr genau durchdacht und optimiert. Eine große Ersparnis bringe auch der Verzicht auf Tiefgarage und Aufzug. Letzterer könne aber nachgerüstet werden. Solange werde der Aufzugschacht als Abstellraum genutzt, beziehungsweise den jeweiligen Wohnungen zugeschlagen. Fahrradstellplätze befänden sich im Untergeschoß. Man habe Basiswohnungstypen gestapelt beziehungsweise gespiegelt, da individuelle Lösungen kostentreibend sein könnten. Die Verkehrsflächen der Wohnungen habe man auch für andere Zwecke genutzt, beispielsweise für die Küche. Statt Balkonen habe man Loggien gebaut, da diese ein zusätzliches Zimmer im Freien darstellten. 80 Prozent der Gewerke seien an Biberacher Firmen vergeben worden, was ein harmonisches Arbeiten beschert habe. Die Bauzeit habe 18 Monate betragen. Ohne Grundstückskosten betragen die Bruttogesamtkosten 2.285 Euro pro Quadratmeter. Die eingebauten Vinylböden seien sehr strapazierfähig und direkt auf den Estrich verklebt. Im Innenbau wurde Trockenbauweise praktiziert, alle Wohnungstrennwände sind jedoch in Massivbauweise.

EBM Wersch nennt als Bezugstermin den 01.05.2016. Dann seien sicher alle Wohnungen vermietet.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

TOP 2 Bürgerfragestunde

Es sind keine Bürger anwesend, die Fragen stellen möchten.

TOP 3 Bericht der Polizeidirektion Ulm/Biberach zur aktuellen Kriminalstatistik

Herr Günther Becker vom Polizeirevier Biberach informiert unterstützt durch eine Powerpoint-Präsentation über die aktuelle Kriminalitätsstatistik. Die Präsentation ist dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

Herr Becker führt aus, man verzeichne deutlich mehr Straftaten, aber auch die Aufklärungsquote sei gestiegen. Die Zahl der Fälle im Kreis beziffert er mit 6.747, was im Zehnjahresvergleich völlig unbedenklich sei und tendenziell sinke sie eher. Auch die circa 2.000 Fälle in der Stadt Biberach seien im Fünfjahresvergleich relativ unspektakulär, wovon über 56 Prozent auf Diebstähle entfielen. Bei den sonstigen Straftaten handle es sich überwiegend um Beleidigungen und Sachbeschädigungen. Bei den Gewaltdelikten verzeichne man eine Tendenz weg vom Indoor- zum Outdoorstreit und mit 27 Fällen sei hier ein leichter Anstieg erfolgt, was aber reiner Zufall sei und vernachlässigt werden könne. Unheimlich gestiegen sei die Anzahl der Fahrraddiebstähle im gesamten Landkreis, wobei vor allem Baggerseen, der Bahnhof und die Innenstadt betroffen seien. Dennoch bezeichnet er die Kriminalitätsentwicklung in der Stadt Biberach insgesamt als unauffällig. Auch die Betrachtung der Sicherheitslage der letzten 5 Jahre zeige keine Auffälligkeiten, sondern eine nahezu identische Entwicklung. Bei den Wohnungseinbrüchen sei der bundesweite Anstieg erheblich, was auch in Biberach der Fall sei, wobei die Stadt 2015 glimpflich davongekommen sei, was auch daran liege, dass die Polizei dieses Thema stark im Visier habe. Einbrüche brächten aber erhebliche Einschränkungen für die Betroffenen und deren persönliches Umfeld. Auch bei den Tatverdächtigen sei die Entwicklung insgesamt relativ unauffällig, wobei die Zahl jugendlicher Tatverdächtiger gestiegen und die Heranwachsender gesunken sei. Prozentzahlen mit Blick auf die jeweilige Bevölkerungsgruppe habe er in der Kürze der Zeit nicht erheben können. Ein Vergleich deutscher und nichtdeutscher Tatverdächtiger ergebe einen Anstieg bei den Deutschen. Innerhalb der Gruppe der Nichtdeutschen seien auch Verstöße gegen das Ausländerrecht eingeschlossen. Auf Frage lässt er noch wissen, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung verzeichnete man 2, was ebenfalls nicht auffällig sei. Bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen seien die Albaner mit 15 an der Spitze, gefolgt vom Kosovo mit 8 und Syrern mit 3. Überwiegend handle es sich um Bagatelldelikte und gewalttätige Auseinandersetzungen, die überwiegend untereinander ausgetragen worden seien. Übergriffe mit einheimischer Bevölkerungsbeteiligung seien selten.

Er betont die insgesamt positive Sicherheitslage, was durch die positive Zusammenarbeit vieler Stellen gelinge, unter anderem der offenen Jugendarbeit, Streetworkern und Schulsozialarbeit sowie dem kommunalen Ordnungsdienst. Die Lage habe sich in den letzten Jahren dadurch deutlich entspannt. Zur Verkehrslage lässt er wissen, hier seien keine Handlungsschwerpunkte und keine signifikanten Veränderungen feststellbar.

Es wird applaudiert.

StR Abele meint, man müsse sich mit der Stimmung der Bevölkerung auseinandersetzen. Seit den Ereignissen in Köln stelle man im subjektiven Empfinden viel Verunsicherung fest. Er bezeichnet es als Aufgabe der Polizei und der Ordnungsbehörden, diese Stimmung aufzugreifen. Die Bevölkerung beschäftige beispielsweise die Frage zum tatsächlichen Anteil der Sexualdelikte, wie das Verhalten von Ausländern in der zweiten Generation mit deutschem Pass zu bewerten sei und anderes mehr. Zum Teil werde behauptet, dass nicht alles so dargestellt werde, wie es den Tatsa-

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

chen entspreche. Dem müsse man entgegentreten. Die Landesregierung mit Minister Kretschmann habe das Problem hinausgezögert, dass beispielsweise Albanien nicht zu einem sicherem Drittstaat erklärt worden sei.

Auch StRin Kübler zeigt sich verwundert über die Zahlen, da das subjektive Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung nicht gegeben sei. Sie spricht die Polizeipräsenz und die Prävention an.

Herr Becker betont, dass man sich erst im ersten Viertel des Jahres 2016 befinde. Die kommunale Anschlussunterbringung finde erst seit Jahresende, beziehungsweise Jahresbeginn statt und werde in den Folgejahren noch zunehmen. Präsenzmaßnahmen müssten daher entsprechend ausgeweitet werden.

StRin Goeth thematisiert das Sicherheitsgefühl von Senioren und fragt, ob Erfahrungen mit Bandeneinbrüchen bestünden und ob man die Hintermänner erreiche.

Herr Becker bestätigt, dass die Tatverdächtigen Richtung osteuropäische Nationalitäten gingen, es seien auch Georgier mit dabei. Dies sei ein bundesweiter Trend. Sie hinterließen in Deutschland möglichst wenig Anhaltspunkte, was die Ermittlung erschwere.

StR Dr. Schmid erkundigt sich nach Auswirkungen der Polizeireform. Er hebt auf die gute soziale und wirtschaftliche Situation in Biberach ab und dass Gemeinderatsbeschlüsse beispielsweise zur Schulsozialarbeit, die er als wichtige Präventionsmaßnahme bezeichnet, gefasst wurden. Auch er bezeichnet das subjektive Sicherheitsgefühl als entscheidend und dass in die Bevölkerung transportiert werden müsse, dass Biberach sicher sei.

Herr Becker wagt keine Aussage, ob die Entwicklung mit der Polizeireform zusammenhänge. Er hoffe im Falle von deliktischen Problemen auf die Unterstützung aus anderen Revieren. Ihm sei nicht bekannt, dass Senioren besonders in der Opferrolle wären. Eine Ausnahme stellten der Einzeltrick dar und überhaupt Betrugsdelikte. Hier sei Aufklärung der Senioren wichtig.

StR Funk meint, die absoluten Zahlen müssten irgendwann ins Verhältnis der Bevölkerung gesetzt werden.

StR Heidenreich fragt, ob Wiederholungstäter beispielsweise bei Ladendiebstählen zu verzeichnen seien. In der Vergangenheit habe man auch schon jugendliche Intensivtäter gehabt, die man über gesellschaftspolitische Entwicklungen in den Griff bekommen habe.

Herr Becker zeigt auf, dass auf Fallzahlen beispielsweise bei Ladendiebstählen auch Maßnahmen der Betreiber Auswirkungen hätten. Würden beispielsweise mehr Detektive eingesetzt, steige auch die Zahl der gemeldeten Fälle.

StR Kolesch fragt, ob in der Kriminalitätsstufe ein Zusammenhang zum Anteil Nichtdeutscher bestehe beispielsweise dergestalt, dass je höher die Kriminalitätsstufe desto höher der Anteil Nichtdeutscher. Zur organisierten Kriminalität fragt er, ob eine Gefahr bestehe, dass sich Strukturen in Biberach bildeten oder festigten.

Organisierte Kriminalität habe man auch im Kreis Biberach, erklärt Herr Becker, da einige entsprechende Personen hier wohnten. Mit der ersten Frage tue er sich schwer, da sie konkreter be-

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

leuchtet werden müsste. Ob überhaupt entsprechend differenziert werden könne, müsse er erst eruieren. Zur Personalausstattung lässt er wissen, rechnerisch habe man durch die Polizeireform 2 Stellen mehr. Es seien Aufgaben vom Polizeirevier weggegangen wie beispielsweise der zentrale Notruf, der jetzt im Lagezentrum in Ulm auflaufe. Dennoch sei ein Wachhabender beim Revier erforderlich. Ein Problem stelle die Altersstruktur dar, da die Kollegen in der Regel bis zum Ruhestand beim Revier seien, was Einsätze im Schichtdienst teilweise erschwere. Dies sei aber ein generelles Polizeiproblem.

Da keine Fragen mehr bestehen, verabschiedet sich Herr Becker.

TOP 4 Entwurf zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans 2016 - Einstufung der Ortsumfahrungen B 312 Biberach, Ochsenhausen, Erlenmoos

64/2016

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 64/2016 zur Beschlussfassung vor.

StR Abele dankt der Verwaltung für die Vorlage. Der Inhalt sei gut dargestellt und es sei wichtig, dass der Gemeinderat sich deutlich äußere. Er signalisiert die volle Unterstützung der CDU-Fraktion. Die Herabstufung habe zu Ärger und Unverständnis geführt und man halte sich nicht zurück, auch wenn ein CDU-Ministerium betroffen sei.

Die Darstellung wolle er um zwei Gedanken ergänzen. Die B312 sei aktuell im vordringlichen Bedarf und nun zurückgestuft worden. Vor circa 15 Jahren habe man auf den vierspurigen Ausbau der B30 zugunsten dieser Maßnahme verzichtet.

Städtebaulich müsse die Wirkung dargestellt werden. Er spricht von lärmgeplagten Anwohnern und dass Ortsumfahrungen Menschenschutz darstellten. Er habe Kontakt mit dem Abgeordneten Rief gesucht und werde versuchen, den Staatssekretär auf seine Aussage beim Besuch in Biberach vor der Landtagswahl hinzuweisen. Man müsse das Thema gemeinsam in der Raumschaft vorantreiben. Er wisse die SPD im Boot. Bei den Grünen sei dies zum Teil unsicher. Mit dem Schutz des Mutterbodens allein könne man die Zukunft aber nicht sichern.

StRin Kübler bezeichnet die Herabstufung als nicht nachvollziehbar. Alle Betroffenen hätten ständig den Kontakt mit den Entscheidungsträgern gesucht und versucht, alle Hemmnisse aus dem Weg zu räumen. Die Umfahrung habe eindeutig wirtschaftlich überörtliche Bedeutung und eine weitere Verzögerung der Umsetzung wäre ein Desaster. Die Rückstufung wirkte sich sehr negativ für die Teilorte aus. Durch den Lärm sinke die Wohnqualität und ein normales dörfliches Leben sei durch die Durchschneidung der Ortschaften jetzt schon nicht möglich. Ein prosperierender Osten sei für Minister Dobrindt wohl interessanter. Sie frage sich, was der Besuch des Staatssekretärs vor der Landtagswahl für einen Wert gehabt habe und spricht von Doppelzüngigkeit, die mit Schuld an der Politikverdrossenheit in der Bevölkerung sei. Sie hoffe, dass die Resolution einen positiven Beitrag leisten könne.

StR Heinkele hebt auf die umfassenden Voruntersuchungen ab, die offensichtlich keinen Einfluss auf die Überlegungen beim Bundesverkehrsministerium gehabt hätten. Man habe die Kosten um 9 Mio. Euro reduziert und das Kosten-Nutzen-Verhältnis deutlich verbessert. Die genannte Verkehrsbelastung unter anderem beim Schwerlastverkehr sei deutlich zu niedrig. Die Bedeutung für die Ost-West-Achse und die raumordnerische Bedeutung seien in Berlin offensichtlich nicht klar. Abschließend äußert er das Ziel, die B312 wieder in den vordringlichen Bedarf zu bringen.

StR Dr. Schmid führt aus, der derzeitige Zustand auf der B312 spiegle das jahrzehntelange Versäumnis der drei Verkehrsminister wider. Die aktuelle Entscheidung bezeichnet er als realitätsfern und unverständlich. Er sei erfreut, dass ein gesellschaftlicher Konsens zum Verkehrsprojekt bestehe und bezeichnet eine parteipolitische Instrumentalisierung als kontraproduktiv. Stattdessen müsse man gesamtpolitisch agieren. Er dankt für den engagierten Protest der Ringschnaiter Bevölkerung mit Ortsvorsteher Boscher. In die Begründung müsse die immense Umweltbelastung mit negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung ergänzend aufgenommen werden. Die Grünen

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

stellten als Umweltsache hohe Anforderungen an den Straßenbau. Dort wo er aber erforderlich sei, stimme man ihm zu. Dies sei bei der B312 aufgrund der gesamten Belastung für die Bürger und der wirtschaftlichen Bedeutung gegeben. Die Grünen seien von Anfang an für den Ausbau der B312 gewesen, was seinerzeit StR Späth verdeutlicht habe. Hieran habe sich nichts geändert. Der Resolution werde man daher geschlossen zustimmen.

StR Funk zeigt sich von der Rückstufung tief enttäuscht. Jahrzehntlang habe Baden-Württemberg Arbeitsplätze geschaffen und für gute Steuerzahlen gesorgt und gleichzeitig würden keine Straßen in der Ost-West-Achse gebaut. Die Abgeordneten der letzten Jahrzehnte müssten sich fragen lassen, warum dies so sei. Als Kommunalpolitiker müsse man bei Vorfinanzierungen kritisch sein. Die Stadt sei dem Bund um Lichtjahre voraus mit ihrem Straßenkataster, von dem Abgeordnete viel lernen könnten. Er signalisiert volle Zustimmung der FDP-Fraktion zur Resolution, die er auch als Frage der Sicherheit bezeichnet.

Ortsvorsteher Boscher berichtet von Frustration nach Bekanntwerden der Entscheidung. Die Zahlen des Bundes basierten auf Verkehrszählungen von 2010, die Zählungen von Modus Consult im Zuge der Trassenplanung und der Umweltverträglichkeitsprüfung seien wesentlich höher. Auch Tempo 30 nachts werde vom Bund nicht berücksichtigt. Gleiches gelte für den Flughafen Memmingen und die überörtliche Verkehrslenkung. Er meint, auch die Wirtschaft sollte sich zusammenschließen und nach Berlin reisen.

OB Zeidler bittet von einer Verfeinerung der Resolution abzusehen. Es handle sich um keine ausgefeilte Behördenstellungnahme, die noch gemeinsam mit dem Landratsamt verfasst werde. Die Firmen fühlten sich hoffentlich durch die IHK gut repräsentiert, die sich ins Thema auch finanziell einbringe. Auf einen Einwand von StR Kolesch, die Rückstufung aufzunehmen erklärt er, hierauf werde im Anschreiben Bezug genommen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Stadt Biberach fordert das Bundesverkehrsministerium auf, die aktuell vorliegende Einstufung und Bewertung der Ortsumfahrungen B 312 zu überprüfen und die Maßnahme in den vorrangigen Bedarf einzuordnen.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

**TOP 5 Neugestaltung Schadenhof/Bürgerturmstraße
Künftige Verkehrsregelung**

34/2016

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 34/2016 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Bauausschuss am 14.03.2016 öffentlich vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

StRin Gutermann ist befangen und begibt sich in die Zuschauerreihen.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Schadenhof, die Bürgerturm- und die Schadenhofstraße bleiben Fußgängerzone.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

TOP 6 Kindergarten Rissegg - Finanzierungsvertrag Stadt Biberach / Landkreis Biberach

35/2016

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 35/2016 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Hauptausschuss am 17.03.2016 vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Finanzierungsvertrag (Anlage zu Drucksache Nr. 35/2016) mit dem Landkreis Biberach zu.

TOP 7 Städtebaulicher Vertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Biomassehof mit Vergärungs- und Kompostierungsanlage" in Rißegg 37/2016

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 37/2016 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Ortschaftsrat Rißegg am 08.03.2016 beraten. Der Bauausschuss hat sie am 14.03.2016 öffentlich vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

OB Zeidler übermittelt Dank und Respekt an den Ortschaftsrat Rißegg, der standhaft geblieben sei, was er als beispielgebend bezeichnet.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat bei 3 Enthaltungen (StRe Hölz, Weber, Dr. Wilhelm), und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Dem Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Biomassehof mit Vergärungs- und Kompostierungsanlage“ wird zugestimmt.**
- 2. Dem Abschluss des Erschließungsvertrages zwischen der Stadt Biberach an der Riß und dem Vorhabenträger, Herr Andreas Zell, wird zugestimmt.**

TOP 8 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Biomassehof mit Vergärungs- und Kompostierungsanlage"

309/2015

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 309/2015 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Ortschaftsrat Rißegg am 08.03.2016 beraten. Die öffentliche Vorberatung im Bauausschuss fand am 14.03.2016 statt. Dabei wurde die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen. Eine Aussprache wird über die einzelnen Ziffern des Beschlussantrags getrennt abgestimmt.

Den Ziffern wird jeweils bei 3 Enthaltungen (StRe Hölz, Weber, Dr. Wilhelm) und restlichen Ja-Stimmen zugestimmt.

Somit fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss:

- 1. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander werden die zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit Vorhaben- und Erschließungsplan abgegebenen Stellungnahmen nach Maßgabe der Beschlussvorschläge der Anlagen 1 und 2 zu Drucksache Nr. 309/2015 gebilligt.**
- 2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Biomassehof mit Vergärungs- und Kompostierungsanlage“ wird mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan gem. § 10 BauGB i. V. m. §4 GemO und § 74 LBO als Satzung beschlossen.**

Maßgebend ist:

- **der vorhabenbezogene Bebauungsplan Plan-Nr. 911/71, Index 5 vom 02.02.2016 (Ingenieurbüro Vaßen, Dettingen/Erms; Reik Ingenieurgesellschaften mbH, Pfullingen)**
- **der Vorhabenplan vom 14.12.2015 (Ingenieurbüro Vaßen, Dettingen/Erms)**
- **die Erschließungsplanung des Ingenieurbüros Wasser-Müller vom 03./04.12.2015**
- **die Genehmigungsplanung zur Versickerung des Oberflächenwassers vom 11.05.2015 (Reik Ingenieurgesellschaften mbH, Pfullingen)**

TOP 9 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Ortsmitte Ringschnait" 39/2016
a) Abwägung der Bedenken und Anregungen
b) Satzungsbeschluss

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 39/2016 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Bauausschuss am 14.03.2016 öffentlich vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Über die einzelnen Ziffern des Beschlussantrags wird getrennt abgestimmt und ihnen jeweils einstimmig zugestimmt.

Somit fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die in der Anlage 4 zu Drucksache Nr. 39/2016 beigefügten Abwägungsvorschläge zu den Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange werden zur Mitteilung an die Betroffenen gebilligt.**
- 2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Ortsmitte Ringschnait“, Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 771/61 vom 19.10.2016 im Maßstab 1 : 500 mit Textteil und örtlichen Bauvorschriften sowie Vorhaben- und Erschließungsplan vom 19.10.2015 wird gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) und § 74 Abs. 1 und 7 Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO) i. V. m. § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) als Satzung beschlossen.**

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

TOP 10.1 Bekanntgabe eines nichtöffentlich gefassten Beschlusses des Gemeinderats vom 25.01.2016

60/2016

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 60/2016 zur Information vor.

Eine Aussprache findet nicht statt.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

TOP 11.1 Verschiedenes - Besichtigung Otto-Schlecht-Straße 2

StR Funk bringt vor, es sei bei der Besichtigung dargelegt worden, dass der Nachfrage einer Wohngruppe nicht stattgegeben werden konnte wegen der Objektförderung. Die FDP fühle sich daher in ihrer Forderung bestätigt, ohne entsprechende Förderung zu bauen. Eventuell müsse man hier nachjustieren.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

TOP 11.2 Verschiedenes - Sitzordnung im Gemeinderat

StR Funk bringt vor, angesichts mancher Abstimmungsverhältnisse müsse man eventuell die Sitzordnung im Gemeinderat verändern und die Grünen zur CDU setzen und die FDP in die Mitte.

StR Dr. Schmid spricht sich für die Beibehaltung der aktuellen Sitzordnung aus und zeigt sich froh über den angenehmen zwischenmenschlichen Puffer.

Dies veranlasst OB Zeidler zum Zitat des Spruchs „Du musst im Leben immer Hammer oder Amboß sein, aber nie das Material dazwischen.“

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

TOP 11.3 Verschiedenes - Flyer Bürgerbeteiligung Bebauungsplanverfahren

StR Abele bringt vor, mit großer Freude habe er den Flyer zur Bürgerbeteiligung bei Bebauungsplanverfahren wahrgenommen. Es sei wichtig, auch mit kleinen Mitteln zu informieren. Er dankt für die Umsetzung dieses CDU-Wunsches.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

TOP 11.4 Verschiedenes - Besichtigungstermine

StRin Etzinger bittet über Termine, die vor 17 Uhr stattfinden, frühzeitiger zu informieren.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

TOP 11.5 Verschiedenes - Baustelle Schadenhof

StRin Gutermann dankt für die sehr gute Organisation der Baustelle und die frühzeitige Information der Anwohner.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

TOP 11.6 Verschiedenes - Überschrift in BIBERACH KOMMUNAL

StRin Authaler kritisiert die Überschrift zum Bericht in BIBERACH KOMMUNAL über die Sanierung des Katholischen Kindergartens, die von Fassaden- und WC-Anlagenerneuerung spreche und meint, hier hätte etwas Ansprechenderes gefunden werden können.

Gemeinderat, 11.04.2016, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Zeidler
Stadtrat:	Hagel
Stadtrat:	Keil
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann